

# Röm. -Kath. Pfarreien der VG Dresden Süd-West

St. Petrus Dresden-Strehlen + St. Paulus Dresden-Plauen +  
Heilig Geist Dresden-Löbtau + St. Marien Dresden-Cotta

Heinrich Timmerevers  
Bischof von Dresden-Meißen  
Schloßstraße 24  
01067 Dresden

10. April 2020

Sehr geehrter Herr Bischof,

Ihr Hirtenwort zum 1. Fastensonntag haben Sie dem „Synodalen Weg“ gewidmet und die Gemeinden aufgefordert, über die Synodalität als Grundhaltung für unser Miteinander nachzudenken. Sie führen darin auf, dass Synodalität bedeutet, sich gemeinsam auf den Weg zu begeben mit der ganzen Kirche, die als synodale Gemeinschaft von Getauften, Gefirmten, Beauftragten, Gesandten und Geweihten zu verstehen ist. Dabei haben Sie für das Miteinander in unserem Bistum, die von Papst Franziskus genannten, 3 Vorschläge für eine konkrete Synodalität besonders herausgestellt und erläutert:

1. Einüben ins Hören
2. Einüben ins Deuten
3. Einüben ins Handeln

Wir, die Vertreter der Kirchenräte unserer VG, stimmen Ihren Ausführungen im Hirtenwort vollumfänglich zu, wobei unsere Schlusseinschätzung dazu war: Soviel zur Theorie; die Praxis in unserem Bistum sieht nach unserer Wahrnehmung leider anders aus. Wieso?

Seit 2015 beschäftigen sich die Kirchenräte unserer VG intensiv mit dem Thema „Schlüsselzuweisungsmodell“ und „Flächenrichtlinie“ sowie gemeinsam mit anderen Pfarreigremien mit den Themen Erkundungsprozess, Strukturreform und Pfarreizusammenlegung. Es wurden Analysen erstellt (bspw. Sozialraumanalyse), die Auswirkungen der Anordnungen der Bistumsverwaltungen für uns ermittelt und zusammengestellt, Gespräche mit Vertretern des Bischöflichen Ordinariats (BO) geführt und auch der Vermögensverwaltungsrat zu unseren Problemen und Einschätzungen informiert. In jedem Gespräch haben wir unsere Bereitschaft erklärt, bei der Suche von für alle Seiten vertretbare Lösungen aktiv mitzuwirken. Nach all den Jahren mussten wir feststellen, dass eine Mitwirkung durch uns nicht gewünscht scheint und dass die Gespräche von Seiten der Vertreter des BO nur dem „Hören“ dienten, eine Hinterfragung der festgelegten Meinung des BO fand durch die zuständigen Vertreter – wie den Ergebnissen dieser Beratungen entnommen werden

kann - zu keiner Zeit statt. Selbst die in einer gemeinsamen Beratung am 04.02.19 mühsam errungenen einvernehmlichen Festlegungen wurden im Nachgang ignoriert (in Schreiben an die Pfarreien wurde die nicht zutreffende Behauptung eines unausgeglichenen Haushalts der VG wiederholt). Wir mussten den Eindruck gewinnen, dass es sich über all die Jahre um einen Pseudo-Dialog handelte, der uns letztendlich zur Resignation vor der demonstrierten Machtstellung des BO zwingen sollte.

Daraufhin hatten wir uns am 15.10.19 mit einem persönlichen Brief an Sie gewandt und die Probleme kurz angerissen mit der Bitte, unsere Sicht der Dinge in einem persönlichen Gespräch mit Ihnen vortragen zu können.

Umso mehr waren wir erst erstaunt und dann enttäuscht, einige von uns auch verärgert, dass wir eine Antwort auf unseren persönlich an Sie gerichteten Brief von der Finanzabteilung erhielten (Brief vom 19.02.20). Darin wurden die bekannten Positionen des BO wiederholt und auf unsere eigentlichen Fragen nicht eingegangen. Außerdem entsprechen einige Aussagen darin nicht den Tatsachen:

- Die Befristung der Sekretariatsstelle St. Paulus wurde nicht für zwei, sondern nur für ein Jahr genehmigt (bis 31.05.20);
- Die Kirchenräte der VG hatten bereits im Herbst 2018 ein Sekretariatskonzept für unsere VG erarbeitet und an das BO eingereicht. Der Weiterentwicklung dieses Konzeptes durch einen externen Berater wurde durch die Kirchenräte der VG nicht zugestimmt, da die Sinnhaftigkeit dafür für einen Teil der Kirchenräte nicht erkennbar war.

Es ist für uns unverständlich, dass Sie als Bischof uns keine Gelegenheit zum Gespräch gegeben haben. Wir hatten erwartet, dass Sie sich nicht nur durch das BO informieren lassen, sondern auch uns Gelegenheit geben, unsere Anliegen und unsere Argumentation Ihnen im direkten Gespräch darzulegen. Das enttäuscht uns sehr.

Da wir der festen Überzeugung sind, dass unsere Probleme in ähnlicher Form auch in anderen Gemeinden unseres Bistums vorliegen, viele aber bereits resigniert haben („man kann ja sowieso nichts dagegen machen“), können und wollen wir dies nicht so hinnehmen. Daher möchten wir hier einige Schwerpunktprobleme und unsere Sicht darauf kurz darlegen, was wir eigentlich in dem angestrebten Gespräch tun wollten:

Hauptthema „Neues Schlüsselzuweisungsmodell“ und seine Folgen  
(alle Finanzangaben aus den veröffentlichten Jahresberichten bis 2017)

- Die drastische Reduzierung der Bistumszuschüsse für die Pfarreien von ca. 6 Mio € im Jahr 2016 auf 4,75 Mio € bei gleichzeitiger deutlicher Erhöhung der Pflichtrücklagen für Immobilien (alt: 10%, neu 40%) zwingt die Pfarreien zu unverantwortlichen Ausgabenkürzungen.
- Die fortlaufende Reduzierung von hauptamtlich Beschäftigten sowie sonstiger Leistungserbringungen durch Dritte, geht erheblich zu Lasten der Kräfte von pastoralen und ehrenamtlichen Mitarbeitern-

- Die Aussage des BO im Schreiben vom 19.02.20, dass die Bistumsfinanzierung der Pfarreien in den letzten Jahren auf nunmehr über 8,5 Mio € (Zahl ist für uns nicht nachvollziehbar) ausgeweitet wurde und diese Ausweitung hauptsächlich die Finanzierung der unmittelbaren Pflichtaufgaben der Pfarreien betrifft, bewerten wir anders: Diese Finanzierung gab es schon vor der Einführung des Neuen Schlüsselzuweisungsmodells und kann somit nicht in den Vergleich der reinen Zuweisungen an die Pfarreien eingerechnet werden. Außerdem ist festzustellen, dass die jährlich steigenden Kosten in den Pfarreien (bspw. durch die jährliche Inflationsrate, Tarifsteigerungen, neue Pflichtausgaben wie Arbeits- und Brandschutz usw.) ignoriert werden.
- Das seit 2015 wiederholt vorgebrachte Argument der Verringerung der Bistumseinnahmen trifft bisher nicht zu: Die Kirchensteuereinnahmen stiegen von 2015 bis 2017 von 26,6 Mio € auf 30,3 Mio €; die Jahresüberschüsse für unser Bistum im gleichen Zeitraum von 18,2 Mio € auf 25,3 Mio € trotz der Reduzierung der überdiözesanen Zuschüsse von 17,0 Mio € auf 15,8 Mio €. Bei Annahme einer tendenziell anhaltenden Entwicklung könnten zukünftig die Reduzierungen der überdiözesanen Zuschüsse aus den Jahresüberschüssen kompensiert werden.
- Der Reduzierung der Genehmigung von hauptamtlichen Stellen in den Pfarreien steht einer seit Jahren zu beobachtende Erweiterung der Stellen im BO, insbesondere die Schaffung neuer Leitungsebenen und –stellen mit allen damit verbundenen weiteren Aufwendungen (Sekretariatsstellen, Ausstattungen etc.) gegenüber. Wir kämpfen um eine **0,25 Vollzeitäquivalent-Stelle (VZÄ)** für die Beibehaltung der Besetzung des Gemeindebüros in St. Paulus! Für die neue Pfarrei mit dann insgesamt ca. 9000 Katholiken benötigen wir **als Minimum** 1,5 VZÄ für alle Sekretariatsarbeiten, ab 01.06.20 hätten wir aber nur noch 1,25 VZÄ bei gleichzeitig steigendem Verwaltungsaufwand. Einen Antrag auf Entfristung der 0,25 VZÄ-Sekretariatsstelle in St. Paulus haben wir am 17.03.20 gestellt. Sollte er wiederum abgelehnt werden, wird der Start der Neugründung unserer Pfarrei am 01.06.20 zusätzlich erheblich erschwert!
- Wenn zukünftig tatsächlich eine Reduzierung der Ausgaben erforderlich sein sollte, ist es für uns nicht nachvollziehbar und in den Gemeinden nur schwer vermittelbar, dass dies nur zu Lasten der Pfarreien erfolgen soll, die Bistumsleitung jedoch teure Vorhaben wie den Umbau des „Haus der Kathedrale“ oder einen Neubau des Ordinariats veranlasst.

#### Thema „Flächenrichtlinie“

- Mit der neuen Flächenrichtlinie wird eine drastische Reduzierung des Immobilienbestands des Bistums (ausgenommen der sorbischen Pfarreien) um ca. 50% gefordert (letzte aktuelle Aussage dazu in „MDR-Nah dran“ vom 16.01.20). Die Vorgaben für die Pfarreien dazu aus der Flächenrichtlinie sind rein statistisch ermittelte Werte, die in keiner Weise die spezifischen örtlichen Gegebenheiten berücksichtigen.

- Unberücksichtigt bleibt auch der besondere Charakter der kirchlichen Immobilien: Sie sind „pastorale Räume“ in einer säkularisierten Umgebung, in denen die Christen einen Raum zur Pflege und Entwicklung Ihres Glaubens und zur Begeisterung über und Weitergabe der frohmachenden Botschaft von Jesus Christus befähigt werden können. Wer diese Räume in Größenordnung abschafft, schafft die Basis für die Missionierung ab! Diese Räume, wo immer möglich, zu erhalten und **wieder mit christlichem Leben zu füllen** ist das Gebot der Stunde.

Die benannten Punkte sind nur ein Konzentrat aus vielen Einzelpunkten, die aus unserer Sicht dringend und schnellstmöglich einer Klärung bedürfen und nur in Gesprächen mit Ihnen zu einer Lösung führen können. Wir sind durchaus offen für neue Wege und wollen unsere Gemeinden weiter öffnen. Dies ist aber nur möglich, wenn die Pfarreien dazu die nötige Personal- und Finanzausstattung erhalten, damit die (noch) vorhandenen vielen ehrenamtlich Engagierten die Unterstützung erhalten können, die sie für ihren Einsatz für ein lebendiges Christentum in und außerhalb der Gemeinden so dringend benötigen.

Wenn es zu keinem Kurswechsel in der Bistumsleitung kommt, wird die Zahl der Katholiken tatsächlich in Zukunft drastisch abnehmen, dafür haben wir dann aber eine bestens aufgestellte Verwaltung, die den Mangel perfekt „verwalten“ kann. Mission erfolgt aber nicht in den Verwaltungen, sondern in den Gemeinden vor Ort. Setzen Sie das vorhandene Geld **jetzt** dort ein, damit es „Frucht“ bringen kann und wir nicht, wie im Evangelium von dem Verwalter, der sein „Talent“ aus Angst vergraben hat, dann einmal vor unserem Herrn Rechenschaft ablegen müssen.

Sie als Bischof sind letztendlich für die Entscheidungen in unserem Bistum und die Folgen daraus verantwortlich – bitte ignorieren Sie nicht die Meinungen an der Basis und gehen Sie den Weg gemeinsam mit den vielen Engagierten in den Gemeinden des Bistums: Wirkliches Zuhören, Bereitschaft zur Offenheit für das Deuten (der Andere könnte auch Recht haben) und den Mut, eine daraus möglicherweise resultierende Änderung der eigenen Meinung in das zukünftige Handeln einmünden zu lassen. Alles andere wäre wiederum ein Pseudo-Dialog, der mit Floskeln wie „Dialog auf Augenhöhe“, „Ehrliches Zuhören“, „Sorgen, die man ernst nehmen möchte“ das wirkliche Mitwirken verhindern soll.

Sind Sie mit den Verantwortlichen im Ordinariat bereit, den Synodalen Weg mit den Gemeinden zu gehen und die bestehenden Strukturen im Sinne einer echten Mitsprache und Entscheidung durch die Räte in den Pfarreien zu verändern? Verschlankung der Zentralverwaltung, Reduzierung der Reglementierungen auf das Nötigste, Anerkennung der Leistungen der Haupt- und Ehrenamtlichen in den Gemeinden, Ausbildung von Diakonen im Hauptberuf, verstärkte Ausbildung von Gemeindereferenten, wirksame Unterstützung der Pfarreileitungen sind nur einige Punkte, an denen es sich zeigen kann, ob es zukünftig zu einer im christlichen Sinne geprägten Zusammenarbeit zwischen der Bistumsleitung und den Pfarreien kommen wird.

Es wäre schade, wenn Sie diesen Brief als einen weiteren „Frustbrief“ von einzelnen „Enttäuschten“ oder „Nörglern“ einer Pfarrei einstufen und ignorieren würden – es rumort in vielen Pfarreien. Die unterschiedlichsten Informationen, die nicht nur in unseren 4 Pfarreien einen Rückzug von bisher in den Gemeinden Engagierten von Ämtern oder Diensten belegen, ganz abgesehen von den steigenden Kirchenaustritten, lassen uns nicht ruhen, etwas dagegen zu tun. Deshalb wollen wir auch einen Erfahrungsaustausch mit den Räten der anderen Pfarreien im Bistum anstreben, um zu einem repräsentativen Stimmungsbild (Stadt- und Flächenpfarreien) zu kommen.

Wir können, werden und dürfen den derzeitigen Zustand des fehlenden gemeinsamen Dialogs und Ringens um Lösungen nicht akzeptieren – in Verantwortung für unsere Kirche, das heißt für alle Getauften und unseren gemeinsamen Auftrag! In diesem Sinne hoffen wir nunmehr auf Ihre Bereitschaft, mit uns persönlich ins Gespräch zu kommen. Wir werden in diesem Bestreben nicht nachlassen. Unser gemeinsames Ziel – die Verkündigung der Frohen Botschaft und die Erhaltung der Seelsorge für alle Generationen in unseren Gemeinden- dürfte dies allemal rechtfertigen.

Wir werden diesen Brief als offenen Brief unseren Gemeinden zur Kenntnis geben.

Bleiben Sie gesund, wir bauen auf Sie  
Ihre Vertreter der Kirchenräte

*gez. S. Lischka*

Pfarrei Heilig Geist  
Siegfried Lischka

*gez. H. Hecker*

Pfarrei St. Paulus  
Heike Hecker

*gez. Ch. Bönisch*

Pfarrei St. Petrus  
Christof Bönisch

*gez. H. Mangold*

Pfarrei St. Marien  
Hubert Mangold